Hamburger Abendblatt

Chefredakteur: Martin Seiler, Stellvertretende Chefredakteure: Fred Hansch, Josef Ollig, Chef vom Dienst: Rudolf Brüning, Chefreporter: Wolfgang Fricke, Verantwortlich für den Inhalt: Politik: G. Genske; Dr. E. Hofner (Island), Dr. Gisela Schooler (Ausland), Nordwestdeutsche Politik: G. Zimmermann, Lokales: Wolfgang Schmidt, Bezirke: W. Künkler, Sport: C. F. Mossdorf, Motor und Straße: H. W. Brockmann, Feuilleton und Filmi Eberhard von Wiese, Kulturpolitik: W. M. Herrmann, Wissenschaft und Forschung: Dr. H. L. Schrader, Mode und Frau: Liselott Alverdes, Franke Selle, Wirtschaft: Dr. J. Pantenburg, Schiffahrt: Diplom-Volkswirt H. H. Krell, Allgemeinnik: K. Lorch, Bilder: Marie-Luise Dalchow, Sonderredaktion: Dr. Hildegard Damrow, Ost-Reporteur: Egbert A. Hoffmann, Gesamtleitung: Karl Gröging jr. Herstellung: Robert Klisch, alle in Hamburg. Zuschriften an Redaktion Hamburger Abendblatt, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 6. Artikel, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Anzeigenleiter und verantwortlich für den Anzeigenteil: Wolfgang Hoffmann. Vertriebsleiter: Walter Ewald

Verlagsleiter: Rudolf Gerhner.

Unehrlich

Mit Gitarren und Transparenten zogen sie gestern wieder einmal aus, um Weltpolitik zu machen. Ein „Vietnam-Happening" stand auf dem Programm. Nicht nur in der 1,8-Millionen-Stadt Hamburg schlüpften 500 Leute in die Protestsandalen, auch in anderen Hauptstädten fanden sich durchweg junge Minoritäten zu fröhlichem Schauwandern zusammen.

An der Form solcher Öffentlichkeitsarbeit, so skurril sie auch angesichts der harten, blutigen Wirklichkeit in Vietnam anmutet, ist nichts weiter auszusetzen. Sie unterstreicht zwar das Weltfremde solcher Aktionen, ist aber für diejenigen, die nicht gerade aus Vietnam kommen, kaum gefühlverletzend.

Anfechtbar ist leider sehr der Inhalt solcher Demonstrationen. Alle Plakate, die man liest, sind unehrlich — und auch unpolitisch. Warum schreiben die jungen Leute nicht einfach: „Wir haben Angst!" oder „Wir wollen nicht in einem Atomkrieg sterben!" Dieses Gefühl der Sorge um die Zukunft ist völlig legitim. Niemand wird es übelnehmen, und tatsächlich haben solche Gedanken Fraktionsteile vieler Parlamente veranlaßt, die Amerikaner vor einer Ausweitung des Vietnamkrieges zu warnen.

Aber statt dessen tragen die Demonstranten Schlagworte rötlicher Farbschattierungen wie „Vietnam den Vietnamesen", „Ami go home" oder „Partisanenkrieg ist ein Krieg des Volkes" vor sich her. Die letzte Parole verherrlicht geradezu jeden kommunistischen Unterwanderungsversuch.

Wie unpolitisch diese jungen Leute denken, wie wenig differenziert! Haben sie wirklich noch nie gehört, daß die Nordvietnamesen nicht einen einzigen Tag lang ihr Schicksal bestimmen konnten, nachdem die Kommunisten diesen Landesteil unter ihre Kontrolle gebracht hatten? Nicht statistische Selbstbestimmung, sondern von Moskau und Peking diktierte Säuberungen und Enteignungen waren damals der Lohn für den Freiheitskampf gegen die Kolonialherrschaft. Es war die Freiheit, die die Kommunisten meinten. Wollen die jungen Demonstranten jetzt auch den Süden dieses unglücklichen Landes dem roten Imperium anglidern?

Die Menschen, die dafür plädieren, der Gewalt nachzugeben, haben offensichtlich die Lehren der Geschichte vergessen. Amerika ist jedenfalls bereit, große Opfer auf sich zu nehmen, auch wenn junge Wirrköpfe eines Tages auf ihre Papptafeln das Wort „Vietnam" gegen das Wort „Berlin" oder „Deutschland" austauschen, was von dem Standpunkt der Demonstranten nur logisch wäre.

Wir setzen uns mit diesen Vorgängen auseinander (und nehmen dabei das Risiko in Kauf, einer kleinen Minderheit ungebührend viel Aufmerksamkeit zu verschaffen), weil wir der Ansicht sind, daß ein Teil der jungen Demonstranten ehrlichen Herzens protestiert und die tiefe Friedenssehnsucht der Menschen ausdrücken will, ohne ein anderes politisches Konzept zu haben als das der bedingungslosen Kapitulation. Aber alle älteren Jahrgänge sind von diesem Generalpardon ausgeschlossen. Sie müssen es besser wissen, und sie sollte man nicht so nachsichtig beurteilen.

Sollen diese Leute nach Moskau fahren und gegen Ulbrichts Schießbefehl demonstrieren. Sollen sie nach Peking reisen, um die militanten Chinesen an den Verhandlungstisch zu bitten. Aber sie sollen ihre Hände von den jungen Menschen lassen, deren Unerfahrenheit und Idealismus seit altersher von Parteien und Systemen brutal ausgenutzt wurden. hjm

Wilson: „Wenn meine eigene Partei nur so zahm wäre wie Sie, Mr. Heath!"

Weyer: Auf keinen Fall Koalition mit der SPD

Gespräch mit dem FDP-Spitzenkandidaten

Am 10. Juli wählt Nordrhein-Westfalen seinen neuen Landtag. Wie stehen die Chancen der Parteien? Wie werden sie von den Spitzenkandidaten beurteilt. Unser Redaktionsmitglied Werner Erdmann sprach mit dem Ministerpräsident Dr. Franz Meyers (CDU), mit dem FDP-Landesvorsitzenden Willi Weyer und dem SPD-Landesvorsitzenden Heinz Kühn. Wir beginnen heute mit dem FDP-Spitzenkandidaten.

Eigener Bericht

Düsseldorf, 5. Juli

„Einer von uns, einer für uns" steht auf den blauen Wahlplakaten, auf denen die FDP in Nordrhein-Westfalen ihren Landesvorsitzenden Willi Weyer der Bevölkerung präsentiert. Sie hat es dringend nötig. Nicht, weil Weyer der Bevölkerung unbekannt wäre. Er gehört wegen seiner undoktrinären Art, mit der er sein Ministerium leitet und vor allem wegen seiner reformerischen Meinungsumfrage hat ergeben, daß die wesen zu den populärsten Politikern des Landes.

Die Sache hat nur einen Haken. Eine Meinungsumfrage hat ergeb n, daß die Mehrzahl der Bevölkerung ihn für einen CDU-Mann hält. „Ich bekomme laufend Briefe, in denen mich Bürger unseres Landes fragen, wieso ich als CDU-Politiker diese und jene Äußerungen habe tun können", sagt der schwergewichtige, große Mann, dem ich in seinem Arbeitszimmer im Düsseldorfer Innenministerium gegenübersitze.

Kein Liebestreter

Weyer liebt die klare Sprache. Er sagt, was er denkt, auch wenn es vielen nicht paßt. Ein Leisetreter war er nie. Hatte er mich schon vor der letzten Bundestagswahl gewarnt, „den Quatsch" von einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen CDU und SPD zu glauben, so wiederholt er diese Meinung auch jetzt, wenige Tage vor der Landtagswahl.

„Die CDU wird wieder die stärkste Partei, und es besteht die Gefahr, daß sie nahe an die absolute Mehrheit herankommt. Hoffentlich überschreitet sie sie nicht", betont der FDP-Landesvorsitzende. „Die SPD wird mit deutlichem Abstand von der CDU geschlagen werden. Für die FDP erhoffe ich ein bis zwei Mandate mehr", fügt er hinzu. Gegenwärtig ist die FDP mit 14 von insgesamt 200 Mandaten im Landtag vertreten.

Weyer rechnet nicht mit einer gleich hohen Wahlbeteiligung wie bei der letzten Bundestagswahl. „Sie würde ausschließlich der CDU zugute kommen", sagt er. Aber er fordert die Bevölkerung auf, von der Briefwahl Gebrauch zu machen. Zugleich macht er darauf aufmerksam, daß im Gegensatz zur Bundestagswahl jeder Wähler nur eine Stimme hat.

Weyer bestätigt ausdrücklich, daß sein Wort vom FDP-Landesparteitag im März dieses Jahres in Recklinghausen gilt. Das heißt: in keinem Fall eine Koalition mit der SPD, immer nur mit der CDU, es sei denn, sie erringe die absolute Mehrheit. Dann geht die FDP in die Opposition. „Wie könnten wir mit der SPD koalieren, wenn ihr Vorsitzender, Kühn, seine These vom „Hopsgehen der FDP" aufrechterhält?", fragt Weyer.

Der FDP-Landesvorsitzende bestätigt, daß auch dieser Wahlkampf — leider — wieder viel zu viel unter bundespolitischen Aspekten geführt wird. „Lassen wir die letzten Wochen mal außer Betracht", sagt Weyer, „in den vergangenen vier Jahren hat die Regierungskoalition in Düsseldorf sachlich und politisch harmonisch zusammen gearbeitet. Auch Meyers möchte die Fortsetzung dieser Koalition. Doch habe ich den Eindruck, daß an seinem Widerstand eine Große Koalition nicht scheitern würde. Die CDU läßt die Möglichkeit zur Großen Koalition offen. Um so wichtiger wäre in einem solchen Fall, daß die FDP stark wird".

Willi Weyer

Strikt lehnt Weyer eine Drei-Parteien-Regierung ab. „Das Dreier-Proporz-Denken kommt für uns nicht in Frage", sagt er. „Was sollte dann wohl aus unserer Demokratie werden?"

Vier große Aufgaben sieht Weyer für die kommende Landesregierung, sollte sie weiter aus CDU und FDP bestehen:

❶ Die kommunale Neuordnung muß vorangetrieben werden. Die Zeit der Kleinstgemeinden ist vorbei. Wir brauchen größere Verwaltungseinheiten.

❷ Durch die Verstärkung und Modernisierung der Polizei (Computer für die Verbrechensbekämpfung sind nur ein Beispiel) muß die Sicherheit der Bevölkerung erhöht werden.

❸ Auf dem Gebiet der Bildungspolitik muß gehandelt werden. Der Staat selbst muß Schulen bauen, wenn die Gemeinden es nicht können.

❹ Die Umstrukturierung des Ruhrgebiets hat Vorrang. Weg von der einseitigen Industrieansiedlung. Das Ruhrgebiet muß krisenfest gemacht werden.

Weyer, der auf dem FDP-Parteitag in Nürnberg dem Bundeskanzler Führungslosigkeit vorwarf und deswegen zu Erhard zitiert werden sollte, erklärte dazu: „Da gehe ich nicht hin. Ich denke gar nicht daran. Bin ich nicht durch Guttenberg und Kohl gerade jetzt wieder in meiner Meinung bestätigt worden? Erhard ist Vorsitzender der CDU. Da soll er sehen, daß er seine Partei in Ordnung bringt."

Kampfabstimmung über Wilsons Lohnpolitik

United Press International

upi. **London, 5. Juli**

Trotz der Kampfansage des linken Flügels, die durch den Rücktritt von Gewerkschaftsboß Frank Cousins als Minister für Technologie einen dramatischen Akzent erhielt, hält Wilson an seiner Lohnpolitik fest. Seine Regierung brachte gestern nachmittag das umstrittene Gesetz ein, nach dem Lohnerhöhungen um über 3,5 Prozent genehmigungspflichtig sind.

Cousins hatte das Gesetz als „grundsätzlich falsch" bezeichnet. Überhaupt sieht man in ihm jetzt den Führer des linken Flügels, der sich hauptsächlich aus Gewerkschaftsmitgliedern rekrutiert und alle Pläne bekämpft, die für eine Wirtschaftsreform notwendig sind, die aber nicht den Interessen der Gewerkschaften entsprechen.

Heute nachmittag wird zum erstenmal über das Lohn- und Preisgesetz Wilsons abgestimmt. Da Wilson im Unterhaus über eine Mehrheit von 97 Sitzen verfügt, glaubt man, daß er die Abstimmung gewinnt, auch wenn sich Cousins und seine Anhänger gegen die Regierung stellen.

Steinwurf gegen Königin

Von unserer Korrespondentin Clara Reyersbach

London, 5. Juli

In der nordirischen Hauptstadt Belfast sind die schärfsten Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden, um heute, am zweiten und letzten Tag des Besuchs von Königin Elizabeth und Prinz Philip, in diesem Teil des Vereinigten Königreichs alle weiteren Zwischenfälle zu verhindern. Der Wagen der Königin ist gestern von einem Zuschauerstein aus der vierten Etage eines Neubaus getroffen worden.

Wenige Minuten vorher hatte eine Frau eine Bierflasche auf den königlichen Wagen geschleudert, die jedoch vor den Rädern zersplitterte. Auch der Ziegelstein richtete keinen Schaden an. Er traf lediglich die Kühlerhaube des Rolls Royce.

Am Vormittag hatten die Iren der Königin, die zur Einweihung einer nach ihr benannten Brücke über den Lagan-Fluß gekommen war, begeisterte Ovationen bereitet und damit für Nordirlands Zugehörigkeit zu Großbritannien demonstriert.

Wird Generalmajor Köhler Truppen-Beauftragter?

Von unserer Bonner Redaktion

wst. **Bonn, 5. Juli**

Während Paris bei seiner Ansicht beharrt, die Ernennung eines Beauftragten der Bundesregierung für die in der Bundesrepublik stationierten französischen Truppen sei unnötig, bereitet Bonn diese Ernennung weiter vor. Bereits morgen soll im Bundeskabinett die Entscheidung über die Person des Beauftragten fallen.

In Bonn erklärte Bundespressechef von Hase gestern, es sei noch nicht entschieden, ob ein General oder ein hoher Beamter ernannt werde. Demgegenüber hatten aber gut informierte Kreise den Generalmajor Paul Köhler für den aussichtsreichsten Kandidaten. Köhler, stellvertretender Chef des Personalamtes im Bundesverteidigungsministerium, war Bataillonsführer des Grullers während dessen Deutschlandbesuchs und wurde mit dem Kreuz der Ehrenlegion ausgezeichnet.

Chemnitz-Reden der SPD werden publiziert

Associated Press

Berlin, 5. Juli

Die SPD-Vorsitzenden Brandt, Erler und Wehner werden am 14. Juli die Texte der Reden bekanntgeben, die sie an diesem Tag in Chemnitz gehalten hätten, wenn die SED den Redneraustausch nicht zum Scheitern gebracht hätte.

Der Berliner SPD-Vorsitzende Mattik erklärte, seine Partei werde „Mittel und Wege finden", um diese Texte der mitteldeutschen Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen.

Die Meinung der anderen

„Roter Gipfel" mit Schwierigkeiten / Die britischen Probleme

Die rote Gipfelkonferenz in Bukarest wird in der gesamten Presse aufmerksam verfolgt.

The New York Times.

Dazu meint die amerikanische „New York Times":

„Der Kern der Schwierigkeiten innerhalb des Warschauer Paktes ist offenkundig genug. Moskau möchte die Organisation durch eine größere Integration der militärischen Kräfte stärken. Die Rumänen hingegen haben gegenüber den jüngsten Vorschlägen auf militärischem Gebiet ein ungutes Gefühl. Wie Moskau durch den begeisterten Empfang, den es Präsident de Gaulle zuteil werden ließ, bewies, heißt es alles willkommen, was die NATO schwächt. Es überrascht jedoch nicht, daß der Kreml eine ganz andere Haltung gegenüber quasi gaullistischen Erscheinungen in seinem eigenen militärischen Bündnissystem einnimmt. Offensichtlich sind die Rumänen entschlossen, sich einem solchen doppelten-Maßstab zu widersetzen."

Die Presse

Wien

Zum gleichen Thema die unabhängige Wiener „Presse":

„Welchen Verlauf die Konferenz auch nehmen mag, man kann schon sagen, daß der Warschau-Pakt nicht in frühem Ausmaß als Instrument zur Wiederherstellung von Disziplin und politischer Einheit im Ostblock wird verwendet werden können. Es wäre naiv, nähme man an, daß die Sowjetunion die eigentliche Kontrollgewalt über die operative und strategische Leitung der Paktstreitkräfte ohne weiteres aufgeben wird. Alles deutet aber darauf hin, daß die Paktpartner im Begriff sind, eine gewichtigere Stimme in der militärpolitischen Planung und Strategie zu gewinnen. Jedenfalls markiert die Gipfeltagung wenn nicht eine Zäsur, so doch den Beginn einer neuen Etappe, in welcher die Sowjets immer mehr „Bündnispolitik" werden betreiben müssen und immer weniger mit Kommandomethoden werden operieren können. Man soll sich indessen vor Illusionen hüten. Es handelt sich bei der Bukarester Tagung bestenfalls um neue politische Ansätze zu größerer Autonomie in Osteuropa, aber keineswegs um einschneidende Änderungen in der großen Machtkonstellation."

THE TIMES

Zur Wirtschaftslage Englands heißt es in der unabhängigen Londoner „Times":

„Die Goldreserven haben einen weiteren schweren Verlust erlitten, und der Einzelhandel scheint wieder an Umfang zuzunehmen. Es könnte keine klareren Beweise für die Notwendigkeit besserer Produktivität und eines Anhaltens der Lohnspirale geben. Da Kosten und Preise außer Kontrolle geraten sind, weil das Zahlungsbilanz-Defizit nicht schnell genug reduziert wird und weil der Sterling deshalb unter Druck bleibt, ist die Regierung gezwungen, mehr Restriktionen anzuwenden ... Die vorgeschlagene Verhärtung der Einkommenspolitik kann als notwendig begrüßt werden, weil sich das freiwillige System nicht als erfolgreich genug erwiesen hat."

DAILY SKETCH

Zum gleichen Thema der unabhängig-konservative britische „Daily Sketch":

„Was bei uns im Argen liegt, ist, daß zu viele Männer wegen überalterter Gewerkschaftsregeln oder nachlässiger Betriebsführung nur mit halber Geschwindigkeit arbeiten. Wir können niemals hoffen, auf den Weltmärkten zu konkurrieren, wenn zwei Briten gebraucht werden, um so viel Rohstahl zu produzieren wie ein Italiener. Oder drei Briten um so viel Steinkohle zu fördern wie ein Amerikaner."

Die Meinung der Leser

Diese Zuschriften geben lediglich die Meinung der Einsender wieder, Kürzungen vorbehalten.

Rezitationen

Sehr geehrte Redaktion!

In der Rubrik „Das Neueste der Welt der Bühne" unterrichten Sie im Hamburger Abendblatt vom 2./3. Juli Ihre Leser u. a. über die Reise des Direktors Hirsch vom Hamburger Deutschen Schauspielhaus durch England. Sie erwähnten dabei auch, dieser sei dort beeindruckt gewesen, daß bekannte Schauspieler sich nicht scheuten, vormittags in Schulen zu rezitieren. Ich meine, dieses Beispiel sollte bei uns beachtet werden. Nach meinen Informationen scheinen Rezitationen an Hamburger Schulen nicht gerade häufig zu sein. Dabei würde ein künstlerischer Vortrag geeignet sein, besonders für die Lyrik, der doch wohl viele Schüler mit Reserve gegenüberstehen, Verständnis und Wertschätzung zu wecken. Ich würde mich freuen, wenn diese Zeilen die Schulbehörde anregen könnten, sich für eine Belebung der Rezitationen an Hamburger Schulen einzusetzen.

Hochachtungsvoll
Werner Abel, Altona

Eulen in die Bäume setzen

Sehr geehrte Herren!

Als Deutschamerikanerin bin ich z. Z. in Osdorf zu Besuch. Hier höre ich täglich (von früh bis spät) das Lärmen und

Schießen, mit dem Stare und Drosseln aus den Kirschbäumen verscheucht werden sollen. In Amerika hat man ein anderes Mittel. Dort hängt man Eulenattrappen (gemalte Eulen auf Holz oder Pappe geklebt und ausgeschnitten) in die Kirschbäume. Da Stare und Drosseln gerade vor Eulen eine riesige Angst haben, wagen sie sich nicht einmal mehr in die Nähe der Bäume. Ich kann mir vorstellen, daß diese einfache Methode auch in Deutschland Erfolg haben könnte.

Mit freundlichem Gruß
Hanny Gebhardt,
z. Z. Osdorf

Lob für die Post

Sehr geehrte Redaktion!

Aus Texas erhielt ich eine Postkarte. Die Anschrift lautete nur: „Opewig ungedeelt, Verein der Schleswig-Holsteiner 65 Jahre alt und nur 13,8 Prozent gehören der heranwachsenden Generation an. Wegen seiner besonderen politischen Situation fehlt Berlin die natürliche Zuwanderung aus dem Hinterland.

Diese extreme Arbeitsmarkt-Situation bietet jungen Menschen große Chancen. Eine breite Skala von Vergünstigungen soll den Anreiz für junge Bewohner des übrigen Bundesgebietes erhöhen. So werden die Anreisekosten erstattet und ein Überbrückungsgeld gezahlt. Auch die Reisekosten für Heimfahrten zur Familie übernimmt Berlin. Wer sich gar entschließt, nach Berlin umzuziehen, dem werden die Umzugskosten bis zu einer Höhe von 800 Mark erstattet.

„Deine Chance ist Berlin"

24 000 Arbeitskräfte fehlen / Viele Vergünstigungen

Von unserer Berliner Redaktion

wy **Berlin, 5. Juli**

„Deine Chance ist Berlin!" Unter diesem Motto hat der Berliner Senat zu Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern der Bundesrepublik eine große Werbeaktion gestartet. Mit ihr sollen Arbeitskräfte nach Berlin geholt werden. Der deutschen Hauptstadt fehlen zur Zeit 24 000 Arbeitskräfte aller Branchen, darunter auch Frauen und ungelernte Arbeiter.

In Berlin schieden jährlich 26 000 Menschen mehr aus dem Arbeitsleben aus, als neue Arbeitskräfte eintreten, erklärte gestern der Berliner Arbeitssenator Exner, während 1963 und 1964 das Defizit durch Zuwanderung gedeckt worden sei, habe diese Lücke im vergangenen Jahr nicht gefüllt werden können.

Ursache für den besonders starken Arbeitskräftemangel ist die ungünstige Altersstruktur Berlins. 20 Prozent der Berliner Bevölkerung sind heute über 65 Jahre alt und nur 13,8 Prozent gehören der heranwachsenden Generation an. Wegen seiner besonderen politischen Situation fehlt Berlin die natürliche Zuwanderung aus dem Hinterland.

Diese extreme Arbeitsmarkt-Situation bietet jungen Menschen große Chancen. Eine breite Skala von Vergünstigungen soll den Anreiz für junge Bewohner des übrigen Bundesgebietes erhöhen. So

Proteste in aller Welt

Demonstrationen gegen Amerikas Vietnam-Politik

Deutsche Presse-Agentur-ap

Moskau/Washington, 5. Juli

Die gestrigen Feierlichkeiten anläßlich des amerikanischen Unabhängigkeitstags nahmen Demonstranten in vielen Hauptstädten der Welt zum Anlaß, um gegen die amerikanische Vietnam-Politik zu protestieren.

5000 meist jugendliche Anhänger der politischen Linken demonstrierten gestern bei der Ankunft des US-Außenminister Rusk in Japan. Rusk konnte jedoch sein Hotel durch den Hintereingang unbehelligt betreten. Auch in Paris und London wurden ähnliche Protestaktionen veranstaltet.

In Kopenhagen störten Demonstranten ein dänisch-amerikanisches Treffen, auf dem sich der dänische Ministerpräsident Krag ebenso wie Premierminister Wilson gegen eine Ausweitung des Vietnam-Krieges aussprach und erklärte, Dänemark sei bereit, in Vietnam an einer Befriedungsaktion der UNO teilzunehmen.

In Nordvietnams Hauptstadt Hanoi sollen alle Zivilisten, die nicht in der Produktion oder zur Abwehr von Luftangriffen eingesetzt sind, evakuiert werden. Die Stadt bereitet sich auf einen totalen Bombenkrieg vor, meldet die chinesische Nachrichtenagentur „Neues China".

Die Pekinger Presse bezichtigt die Sowjetunion erneut, mit den Amerikanern gemeinsame Sache zu machen. Die Angriffe auf Hanoi und Haiphong seien das Ergebnis eines schmutzigen Handelns zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion (**Siehe auch Leitartikel**)

BUNTE WELT

Empörung über Walfänger

Heftigen Widerspruch hat bei Wissenschaftlern die Festsetzung der Walfangquote für die nächste Fangsaison ausgelöst. Der Weltnaturschutzbund befürchtet, daß damit der letzte Schritt zur Ausrottung der größten Säugetiere der Welt getan wurde.

In Ungarn verhaftet

Wegen „Verdachts der Hilfeleistung zum illegalen Grenzübertritt" sind zwei Deutsche aus der Bundesrepublik in Ungarn verhaftet worden.

Interzonenzug angehalten

Um einem Rentnerehepaar aus der Zone zu helfen, hielten Bahnbeamte in Wächtersbach den Interzonenzug von Frankfurt nach Leipzig an. Das Ehepaar hatte am Tag der vorgeschriebenen Wiedereinreise in die Zone den Anschlußzug verpaßt.

Elektronengehirn warnt

Amerikanische Wissenschaftler haben ein Elektronengerät entwickelt, das Soldaten vor einem gegnerischen Hinterhalt warnen soll. Wie das Gerät funktioniert, ist militärisches Geheimnis.

Johnsons Tochter in Bonn

Lynda Johnson

Lynda Bird Johnson, die 22-jährige Tochter des amerikanischen Präsidenten, trifft heute zu einem Privatbesuch in der Bundesrepublik ein. Sie wird einige Tage als Gast von Botschafter McGhee, der ein persönlicher Freund der Familie Johnson ist, in Bonn bleiben und dann Süddeutschland besuchen.

Kreuzfahrt mit Zonenschiff

Zu einer Kreuzfahrt westdeutscher Touristen nach Island soll das zonale Urlaubsschiff „Fritz Heckert" benutzt werden. Das Schiff wurde bekannt, als wiederholt Fahrgäste aus der Zone in fremden Häfen von Bord flüchteten.

Abgesagt

Ein Leseabend mit drei jungen Ostberliner Schriftstellern in der Westberliner Akademie der Künste ist überraschend abgesagt worden. Die Autoren ließen die Akademie wissen, daß ihnen die Ausreise verweigert worden war.

U Thant in Genf

In Anwesenheit von UNO-Generalsekretär U Thant tritt heute in Genf der Wirtschaftsausschuß der Sozialrat zu seiner 41. Tagung zusammen. Der Rat wird sich mit der industriellen Entwicklung, der friedlichen Nutzung der Atomenergie und der Weltwirtschaft befassen.

Auszeichnung für Deutschen

Der in den USA tätige deutsche Flugzeugingenieur Siegfried Knemeyer wurde von der amerikanischen Luftwaffe mit der höchsten Auszeichnung für Zivilisten geehrt. Der Wissenschaftler hat zahlreiche Systeme für die Fluglagenkontrolle von Überschallflugzeugen entwickelt.

Beatles helfen Forschern

„Die Mode der Beatle-Frisuren ist aus der Sicht der Wissenschaft zu begrüßen", erklärte der französische Insektenforscher Prof. Béranger. „Durch die moderne Hygiene und die Insektenvertilgungsmittel ist unsere heimische Insektenwelt leider dezimiert worden. Im üppigen Haarwuchs der Pilzköpfe bietet sich den verfolgten Insekten nun überraschend eine Überlebenschance!"

Kreuzworträtsel

Auflösung aus Nr. 152

Waagerecht: 1 Tip, Hinweis, 4 Teil des Gebetbuches, 6 Märchenwesen, 8 Hirschgattung, 9 Wirtschaftsgetränk, 10 Mitbewerber in der Liebe, 12 englischer Reisebericht, 14 deutsche Normenvorschrift (Abkürzung), 15 Westeuropäer, 16 Farbe, 18 Teegetränk, 20 Brüterei Palast des Papstes in Rom, 20 Inhaltslosigkeit, 21 Gewaltsam, Brauch.

Senkrecht: 2 weibliche Gestalt in „Die Fledermaus", 3 Verzeichnis, 5 Wohn- und Schlafraum auf einem Schiff, 6 großformatiges, umfangreiches Buch, 7 erster deutscher Reichspräsident, 10 Holz- oder Metallstift, 11 Abkürzung für die Vereinten Nationen, 12 Schiffsliegeplatz, 17 Nachtlokal, 18 Monat.

Verlag, Redaktion: 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6. Geschäftsleitung: 2000 Hbg. 36, Gänsemarkt 32, u. 2000 Hamburg 1, Mönckebergstr. 5, Sa.-Nr. 34 91 91 (Durchwahl: 34 91 9 - - ..), Telegr.: Abendblatt, Fernschreiber-Sammelnr. 02-11 800. Redaktion Kochstr. 50, Tel. 610 84 75, Bonner Red.: Wilhelm-Spiriun-Ufer 4, Haus 2a, Tel. 2 61 61. Frankfurter Red.: Frankenallee 71/81, Tel. 33 38 51/54. Essener Red.: Sachsenstr. 36, Tel. 22 19 11, Verlag u. Druck: Axel Springer & Sohn, Hamburg. Erscheint 6mal wöchentlich werktags. Inlandpreise: Frei Haus monatlich 5,30 DM (einschließlich 1,30 DM Zustellkosten). Selbstabholg. 4,50 DM, Postbezug 6,— DM (einschl. 1,86 DM Postvertriebsgebühr und 0,20 DM Vermittlungsgebühr). Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder bei höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Anzeigenpreisliste Nr. 22. — Postscheckkonto: Vertrieb u. Abonn. Hamburg 32 64, Anz. Hamburg 142 00